



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Klaus Adelt SPD**

Haushaltsplan 2015/2016;

hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern (Kap. 06 05 Tit. 422 21)

Der Landtag wolle beschließen:

Die im Stellenplan der Finanzämter für 2015 ausgewiesenen zusätzlichen 250 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (125 Stellen A 9 Steuerinspektoranwärter, Steuerinspektoranwärterinnen sowie 125 Stellen A 6 Steuersekretäranwärter, Steuersekretäranwärterinnen) werden um 620 Stellen (310 Stellen A 9 und 310 Stellen A 6) auf insgesamt 870 Stellen erhöht.

Die im Stellenplan ausgewiesenen zusätzlichen 250 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst im Jahr 2016 bleiben erhalten, so dass im Doppelhaushalt insgesamt 1.120 Stellen für Steuerinspektoranwärter, Steuerinspektoranwärterinnen sowie Steuersekretäranwärter, Steuersekretäranwärterinnen zusätzlich geschaffen werden.

Dafür werden die Mittel im Tit. 422 21 im Jahr 2015 von 27.854,1 Tsd. Euro um 2.285,1 Tsd. Euro auf 30.139,2 Tsd. Euro und im Jahr 2016 von 32.259,1 Tsd. Euro um 7.863,2 Tsd. Euro auf 40.122,3 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Zum 1. Januar 2014 waren 1.809 Stellen der insgesamt 16.600 Stellen bei den Finanzämtern (lt. Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum) nicht besetzt. Ein Grund dafür ist, dass gegenwärtig 870 Anwärterinnen und Anwärter auf Beamtenstellen ausgebildet werden. In dieser Größenordnung müssen deshalb noch im Jahr 2015 zusätzliche Anwärterstellen bei den Finanzämtern ausgebracht werden, damit auf den dann frei werdenden Beamtenstellen endlich Steuerprüfer eingestellt werden können. Die Stellen im mittleren Dienst werden zum 1. September 2015, die im gehobenen Dienst zum 1. Oktober 2015 geschaffen.

Insgesamt sind aber mindestens die mit diesem Antrag geforderten zusätzlichen 1.120 Anwärterstellen im Haushalt 2015/2016 zu schaffen, da in den kommenden 15 Jahren entsprechend der Altersstruktur in der Steuer- und Finanzverwaltung jeweils 800 bis 1.100 Nachwuchskräfte erforderlich sein werden. Darüber hinaus muss es gelingen, den Personalkörper der Steuerverwaltung insgesamt zu stärken. Die massive Unterbesetzung ist auch eine Folge der bis 2012 geltenden 12-monatigen Wiederbesetzungssperre und der erst 2013 vollständig zurückgenommenen 42 Stundenwoche. Die Wiederbesetzungssperre beträgt aktuell noch 3 Monate. Sie sollte gerade im Interesse der Finanzverwaltung komplett abgeschafft werden. Ebenso sollte auf die Streichung der 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung verzichtet und zusätzliche Dozentenstellen im Fachbereich Finanzen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege und der Landesfinanzschule geschaffen werden.

Zu allen Maßnahmen liegen Änderungsanträge vor. Ziel all dieser Initiativen ist die Verbesserung des Steuervollzugs für mehr Steuergerechtigkeit und mehr Steuereinnahmen in Bayern.